

WP-04-981

Antragsteller*innen: Dieter Schöffmann u.a.

Gegenstand: WP-04 NRW- Land der sozialen Gerechtigkeit und des Zusammenhalts (Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017)

ÄNDERUNGSANTRAG WP-04-981

1 WP-04 Zeile 981 – 988 ersetzen durch:

2 **Engagementstrategie // Das Bürgerengagement stärken**

3 Bürgerschaftliches, freiwilliges, ehrenamtliches Engagement leistet wesentliche Beiträge
4 ge zum Zusammenhalt und zu Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft und stärkt die
5 Basis lebendiger Demokratie. Die Lebendigkeit, Vielfältigkeit und Verbreiten des bürger-
6 schaftlichen Engagements bedarf engagementförderlicher Rahmenbedingungen und In-
7 frastrukturleistungen insbesondere auf lokaler Ebene. Neue Formen des Engagement, wie
8 die Willkommensinitiativen für geflüchtete Menschen, benötigen Unterstützung bei der
9 Herausbildung von Strukturen, die das Engagement mit langem Atem ermöglichen. Bür-
10 gerschaftliches Engagement benötigt auch immer wieder Nachwuchs. Hier kommt insbe-
11 sondere den Schulen und Einrichtungen der Jugendbildung eine besondere Verantwortung
12 zu, jungen Menschen Gelegenheiten zum Engagementlernen zu bieten.

13 Um die hierfür geeigneten landespolitischen Strategien und Maßnahmen zu erhalten,
14 weiter oder neu zu entwickeln, wollen wir in einem breiten Beteiligungsprozess eine
15 Engagement-Strategie für NRW entwickeln. Hierbei sollen auch bisher engagementferne
16 gesellschaftliche Gruppen in den Blick genommen werden.

17 **und an anderer Stelle platzieren, und zwar:**

18 nach „Teilhabe fördern“ (Zeile 706 – 764) und vor „NRW – das Land der ‚guten‘ Arbeit“
19 (Zeile 766 ff.)

Begründung

1. Im Programmentwurf ist die zu ersetzende Programmpassage zwischen den Abschnitt „Sportfördergesetz // Sportförderung neu denken“ und „Großereignisse // NRW als Gastgeberland“ platziert. Damit und mit dem zweiten Satz des Programmentwurfs „Deshalb schätzen und fördern wir das Ehrenamt im Sport.“ (Zeile 983) wird der unterstützenswerte Ansatz der Entwicklung einer Landesstrategie für das Ehrenamt bzw. Bürgerengagement auf das Ehrenamt im Sport reduziert.

Ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches oder freiwilliges Engagement findet aber in vielen anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen statt: im Bereich des Sozialen und der Wohlfahrt, in der Kultur, im Umweltschutz, in der Bildung u.a.m. Hier ist gleichermaßen die Entwicklung einer Engagementstrategie des Landes sinnvoll.

Dies wird auch durch die Erwähnung des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements an zahlreichen weiteren Stellen im Programmentwurf. Hier die entsprechenden Überschriften der Programmabschnitte jeweils mit der vorangestellten Zeilennummer:

WP-01 NRW – NACHHALTIG. NATÜRLICH. ÖKOLOGISCH.: 47 Vorsorgender Natur- und Artenschutz

WP-03 NRW – LAND DER CHANCEN VON ANFANG AN: 267 Jugend | 310 Partizipation / Jugendliche wirksam beteiligen | 678 Demokratie und Vielfalt / Demokratie und Vielfalt in Schule erlernen und erleben | 1287 Weiterbildung

WP-04 NRW- LAND DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT UND DES ZUSAMMENHALTS: 197 Patientenberatung und Selbsthilfe stärken | 565 Quartiere entwickeln | 706 Teilhabe fördern | 870 Zurück zur Zeitsouveränität | 981 Ehrenamtsstrategie // Das Ehrenamt stärken

WP-05 NRW – OFFEN, VIELFÄLTIG, MENSCHLICH: 1 Demokratie | 112 Kommunales Ehrenamt/Demokratie wächst von unten | 408 Gegen Hass und Gewalt | 459 Feuerwehr und Katastrophenschutz/Ehrenamt ist unverzichtbar | 638 Integration/NRW als neue Heimat | 1324 Sonn- und Feiertage

WP-06 NRW. STADT. LAND. HEIMAT.: 163 Ökologische Quartiersentwicklung//Grüne Städte und lebendige Quartiere | 271 Ehrenamt und Engagement stärken // Auf die Menschen kommt es an | 556 Nachhaltigkeit//Nachhaltige Politik in NRW verankern | 686 Bürgermedien// Vielfältige Medienarbeit

1. „Ehrenamtliches Engagement“ bildet nicht mehr die Vielfalt des tatsächlich stattfindenden Engagements ab und entspricht auch nicht mehr überall dem Selbstverständnis der Engagierten. Dem sollte mit einer Erweiterung der verwendeten Begrifflichkeiten Rechnung getragen werden – also: „Bürgerschaftliches, freiwilliges, ehrenamtliches Engagement leistet ...“.
2. Die „finanzielle Förderung von Ehrenamtskoordinator*innen“ wird zwar immer wieder von manchen gemeinnützigen Organisationen gewünscht. Es ist aber fraglich, ob eine solche finanzielle Förderung zielführend und vor allem ob sie – bei Tausenden gemeinnütziger Organisationen in NRW – finanzierbar ist. Erfahrungen deuten darauf hin, dass öffentlich geförderte Stellen für die Ehrenamtskoordination bzw. das

Freiwilligenmanagement die Dauer der öffentlichen Förderung meist nicht überdauern.

Wenn es also schon eine inhaltlichen bzw. Förderhinweis für die Erarbeitung einer Engagementstrategie des Landes geben soll, dann ist hier der Fokus auf engagementförderliche Rahmenbedingungen (die über einzelne Organisationen hinaus gehen) und auf Infrastrukturleistungen sinnvoll, wie sie etwa durch Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Selbsthilfekontaktstellen u.a.m. erbracht werden.

3. Der Blick sollte auch nicht nur auf die etablierten gemeinnützigen Organisationen in den verschiedenen Handlungsfeldern und ihren Problemen mit der Gewinnung und Bindung engagierter BürgerInnen gerichtet werden, sondern gerade auch auf neu sich herausbildende Initiativen, deren Weiterexistenz und Stabilisierung (ebenfalls) im Interesse des Landes sind – so z.B. die Willkommensinitiativen für geflüchtete Menschen, die auch in Zukunft wichtige Beiträge zur Willkommenskultur und zur Integration leisten können und sollten.
4. Eine wesentliche Herausforderung für das bürgerschaftliche Engagement sowohl in etablierten als auch neu sich bildenden gemeinnützigen Organisationen sind die abnehmenden Gelegenheiten für junge Menschen, auf den Geschmack des Bürgerengagements zu kommen. Hierzu tragen u.a. ausgedehnte und verdichtete Schul- und Ausbildungszeiten bei. Daher sollten auch die Schulen und Einrichtungen der Jugendbildung bei der Entwicklung einer Engagementstrategie des Landes in den Blick genommen werden.

Antragsteller*innen

Dieter Schöffmann, KV Köln, Sprecher des KV-Arbeitskreises BürgerInnen-Stadt

Andrea G. Malorny, KV Köln & Sprecherin AK BürgerInnen-Stadt

Berivan Aymaz MdR, KV Köln

Sebastian Bartsch, KV Köln

Rainer Bode, KV Münster

Ulla Eberhard, KV Köln

Frank Hauser, KV Köln

Ossi Helling, KV Köln

Marion Heuser MdR, KV Köln

Stephan Horn, KV Köln

Florian Lemmes, KV Köln

Sabine Müller, KV Köln

Sabine Pakulat MdR, KV Köln

Pascal Siemens, KV Köln

Hermann Strahl, KV Unna

Horst Thelen MdR, KV Köln